

**Protokoll der Sitzung des JHA  
vom 26.10.2017 Zeit: 14:30 Uhr – 17:50 Uhr**

**Ort: Senatorin für Finanzen, Raum 2.08**

**Teilnehmer/-innen und Gäste:**

s. Anwesenheitsliste

**Vorsitz: Herr Möhle**

**Protokoll: Herr Möller**

Bremen, den 21.12.2017

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird unter Einfügung neuer TOP 5 und 6 ergänzt. Die übrigen TOP verschieben sich dadurch nach hinten. Das Ressort SKB verteilt zu TOP 10 eine Tischvorlage.

Unter Verschiedenes soll die Nacht der Jugend angekündigt werden.

**TOP 2: Anregungen und Wünsche junger Menschen - Aktuelles**

LAG und BJR äußern den Wunsch, die Frage von eventuellen Überlegungen, ob im Bereich der OJA Veränderungen der Ausstattung bestehen, zu behandeln.

Es wird der Wunsch geäußert, der JHA möge sich schwerpunktmäßig mit der Fachkräftesituation befassen.

**TOP 3: Protokoll der Sitzung vom 07.09.2017**

Das Protokoll der Sitzung vom 10.08.2017 wird genehmigt.

#### **TOP 4: Ablaufplan für das Kindergartenjahr 2018/2019**

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein, teilt mit, dass sie bereits im Unterausschuss, in der AG gem. § 78 SGB VIII und der Deputation behandelt wurde. Dafür, dass der JHA nicht vor der Deputation mit der Vorlage befasst wurde, bittet er, unter Verweis auf den hohen Zeitdruck um Entschuldigung.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: . / .

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Ablaufplan zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

#### **TOP 5: Zuständigkeit für die Entscheidung über die Trägerswahl hier Änderung der Verfahrensordnung**

Herr Jablonski führt in die Vorlage ein und erläutert die Gründe, die eine Änderung der Verfahrensordnung erforderlich machten. Auf Hinweis, es sei in der Deputation noch ein Kriterienkatalog für die Interessenbekundungen erbeten worden, bestätigt Herr Jablonski dieses, erläutert einige zentrale Kriterien und kündigt an, das Verfahren künftig zu standardisieren und vorher mit dem Unterausschuss abzustimmen. Auf den Einwand, es sei ein vereinfachtes Verfahren und ein flexibleres Agieren der Träger erforderlich, verweist er auf Einschränkungen der Steuerungsfähigkeit angesichts der Situation auf den Immobilienmarkt hin.

Teilnehmer/-innen an der Debatte: Frau Ahrens, Herr Dr. Schlepper, Herr Jablonski

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

#### **TOP 6: Bericht: Umsetzung des Ganztagsbeschlusses**

1. Herr Stoessel führt in die Vorlage ein. Im Verlauf der Erörterung wird darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung von Ganztagsangeboten hinsichtlich der Schaffung der baulichen und personellen Voraussetzungen viel zu spät begonnen wurde und dadurch erhebliche Mängel in der

Betreuungsqualität zu verzeichnen seien. Auf den Hinweis, die jetzt eingerichteten Ganztags schulangebote blieben qualitativ hinter den Hortangeboten zurück, daher dürfe kein Abbau von Hortangeboten erfolgen, stellt Herr Jablonski fest, es sei insgesamt bisher kein Abbau von Hortangeboten erfolgt, wenngleich eine Verlagerung durch Abbau an 2 Standorten zugunsten anderer Standorte stattgefunden habe. Im Verlauf der weiteren Erörterung wird auf die Notwendigkeit der Entwicklung mittelfristiger Perspektiven im Sinne grundsätzlicher infrastruktureller Planungen hingewiesen und gleichzeitig die Relevanz für die Planungssicherheit auf Seiten der Träger von Hortangeboten betont. Schließlich wird der Anspruch formuliert, die hohen qualitativen Betreuungsstandards der Hortbetreuung in die Ganztags schulbetreuung zu übertragen, um eine bedarfsadäquate Leistung sicherzustellen. Frau Ahrens regt an, einen abgeänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung zu bringen. Der JHA verständigt sich auf folgenden Zusatz zum Beschlussvorschlag: „Der Jugendhilfeausschuss fordert die zuständige Senatorin in Zusammenarbeit mit dem Senat auf, sicherzustellen, dass die notwendige bauliche Infrastruktur an den Schulen wesentlich schneller geschaffen wird. Er fordert den Senat auf zur Sicherung von ganztägiger Betreuung von Grundschulkindern, die Umsteuerung der Hortangebote an die reale Umsetzung des Ganztags schulbetriebes anzupassen.“

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Dr. Güldner, Frau Ahrens, Frau Leonidakis, Herr Möhle, Frau P. Krümpfer, Herr Jablonski, Herr Barde, Herr Dr. Schlepper, Herr Goldschmidt, Herr Stoessel

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt Kenntnis.
2. Der Jugendhilfeausschuss fordert die zuständige Senatorin in Zusammenarbeit mit dem Senat auf, sicherzustellen, dass die notwendige bauliche Infrastruktur an den Schulen wesentlich schneller geschaffen wird. Er fordert den Senat auf zur Sicherung von ganztägiger Betreuung von Grundschulkindern, die Umsteuerung der Hortangebote an die reale Umsetzung des Ganztags schulbetriebes anzupassen.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 7: Umsetzung des Spielraumförderung und Spielraumplanung des Senats**

Frau Frank führt in die Vorlage ein und schildert das Zusammenwirken mehrerer Senatsressorts im Rahmen der Entwicklung des Konzepts für die Spielraumförderung und Spielraumplanung des Senats. Sie verliest die im Rahmen der Senatsbefassung vorgenommene Ergänzung und kündigt den Versand der beschlossenen Fassung an. Ferner schildert sie die bereits vorgenommenen oder eingeleiteten Umsetzungsschritte betreffend der erforderlichen Änderung des Ortsgesetzes über Kinderspielflächen in der Stadtgemeinde Bremen, der Durchführung einer vielbeachteten Umfrage, der Untersuchung von SUBV auf der Basis einer Abfrage bei Bauträgern sowie der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Ergänzend schildert Frau Kulenkampff den Prozess der Entwicklung des Spielraumförderkonzepts seit dem Jahr 2003

auch in Bezug auf das Ortsgesetz und die Landesbauordnung. Frau Frank erläutert, das Ortsgesetz werde in Weichenstellender Weise angepasst werden und eine Beteiligung der Fachkräfte sei geplant, um abzuwägen, ob Ablösebeiträge gemäß § 8 LBO von Bauherren erhoben werden, wenn ein einzelner Stadtteil über eine gute Ausstattung an Spielräumen verfüge, um diese dann in Bau und Unterhaltung von Spielflächen in anderen Stadtteilen nutzen zu können. Es gelte jeweils sinnvolle Lösungen vor Ort zu finden. Im Verlauf der Erörterung wird der Prozess der Entwicklung des Konzepts gelobt und insbesondere seine Transparenz und Partizipationsorientierung hervorgehoben aber auch die Notwendigkeit der Gewährleistung der Unterhaltung der Spielflächen durch Bereitstellung entsprechender auskömmlicher Ressourcen unterstrichen. In die Beschlussfassung soll einfließen, dass der JHA das Konzept der Spielraumförderung und Spielraumplanung ausdrücklich begrüßt.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Frau Leonidakis, Frau Kulenkampff, Frau Frank, Herr Goldschmidt, Herr Dr. Güldner, Frau L. Krümpfer, Herr Möhle, Herr Barde

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Senatsvorlage, vorbehaltlich des Senatsbeschlusses am 17.10.2017 begrüßend zur Kenntnis.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 2

### **TOP 8: Verteilung des Integrationsbudgets im Jahr 2018**

Herr Lenhart führt in die Vorlage ein und erläutert, der Verteilungsmodus entspreche dem des vergangenen Jahres, nehme aber die Entwicklung der entsprechenden Bevölkerungsanteile auf. Herr Goldschmidt teilt mit, die AG gem. § 78 SGB VIII habe die Verteilung als nachvollziehbar betrachtet und ihr zugestimmt. Im Verlauf der Erörterung wird auf die Zunahme jugendlicher Gesamtbevölkerung hingewiesen, der die vorgesehenen Mittel nicht entsprächen und daher eine Anpassung der Ressourcen erforderlich sei

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Goldschmidt, Frau Leonidakis

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den vorgeschlagenen fachlichen Schwerpunktsetzungen sowie der in der Anlage dargestellten Verteilung von Mitteln aus dem Integrationsbudget für die offene Jugendarbeit auf die Stadtteile vorbehaltlich der Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft zum Haushalt 2018 zu.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 3

## **TOP 9: Unterbringung von umA**

Frau Dr. Rose führt in die Vorlage ein und schildert die quantitativen und qualitativen Veränderungen in der Versorgung unbegleiteter minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (umA). Im Verlauf der Erörterung wird vor der Kritik an der Finanzierung von Leerständen gewarnt, da stets Vorsorge für die eventuell kurzfristig notwendige Versorgung von umA zu treffen sei und man sich auf sichere Prognosen in Bezug den Zuzug von geflüchteten Minderjährigen nicht stützen könne. Die Vorlage wird als nachvollziehbar und gut ausgewogen gekennzeichnet. Es wird jedoch auch auf die Grenzen der Verselbständigung angesichts des Mangels an Wohnraum und Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten der Konsolidierung des Betreuungssystems und der Erhöhung der Qualitätsstandards hingewiesen. Frau Vollmer erläutert die aktuellen Anpassungen, weist auf die Grenzen der beabsichtigten Erhöhung der Fachkräftequote angesichts des Fachkräftemangels hin, schildert die Maßnahmen der Umsetzung von Personal, wenn der Betreuungsschlüssel erreicht ist und teilt mit, dass der Mietvertrag für die Erstaufnahmeeinrichtung vorsorglich bis 2018 verlängert wurde. Frau Ahrens weist auf Möglichkeiten der Nachqualifizierung bisher in der Betreuung von umA Beschäftigter hin und erneuert die Kritik ihrer CDU Fraktion an aktuell aufgetretenen Leerständen von Einrichtungen. Dem wird seitens der Verwaltung entgegengehalten, dass es einer verantwortungsbewussten Vorsorge entspreche, hinsichtlich der Möglichkeiten der Unterbringung und Betreuung von umA über einen gewissen „Puffer“ zu verfügen, da die Zahlen über den Zuzug nicht prognostizierbar wären. Frau Dr. Rose teilt mit, dass aktuell bereits Gespräche und Verhandlungen über die künftige Nutzung von bisher für die Betreuung von umA genutzten Einrichtungen stattfinden. Herr Niehoff bestätigt dieses und erläutert, ein diesbezüglicher systematischer Prozess biete Chancen die Versorgung mit Angeboten der stationären Erziehungshilfe in Bremen zu verbessern. Frau Dr. Rose ergänzt abschließend, dass auf diese Weise auch bisher vorhandene Lücken in der Angebotsstruktur geschlossen werden müssen.

Teilnehmer/ -innen an der Debatte: Herr Möhle, Frau Leonidakis, Frau Vollmer, Herr Diener, Frau Ahrens, Frau Dr. Rose, Frau Görgü-Philipp, Herr Niehoff

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung vom 10.08. 2017 für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Jugend und Integration am 17.08.2017, lfd. Nr. 168/19) zur Kenntnis.
1. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung sowie die beteiligten freien Träger um abgestimmte Fortsetzung der erforderlichen Rück- und Umbauplanung.
2. Er bittet im 3. Quartal 2018 um weitere Berichterstattung zum Stand der Entwicklung.

Gegenstimmen: 0

Enthaltungen: 0

## **TOP 10: Berichte der Verwaltung:**

- **Fragen der LAG FW zur Aufstellung der Haushalte 2018 / 2019 im Bereich Kinder und Bildung - Mündlicher Bericht / Tischvorlage**

Das Thema wird bezüglich der Behandlung in der Sitzung ausgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, dass die Mitglieder des JHA weitere Fragen schriftlich bei der SKB einreichen können.

## **TOP 11: Verschiedenes**

Frau Frank informiert über eine am 21.02.2018 geplante Veranstaltung zum 15. Kinder- und Jugendbericht.

Frau Frank kündigt eine für das Frühjahr 2018 geplante Veranstaltung mit Jugendlichen zur Zukunft Bremens im Zusammenhang mit der Zukunftskommission an.

Herr Barde weist darauf hin, dass am 8. November 2017 die 20. Nacht der Jugend stattfinden wird.

für das Protokoll:

---

Arnd Möller